



# Kommentierte Übersicht Grundsatzprogrammmentwürfe von SPD und CDU



Kraft der  
Erneuerung.

## Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- ▶ Der Entwurf der CDU enthält neben vielen sehr allgemeinen Bekenntnissen wenig wirklich Neues. Zwar nimmt die CDU einige neue Gedanken auf, viele von ihnen sind aber nicht wirklich originäre CDU-Positionen (Elterngeld, Klimapolitik).
- ▶ Auffällig ist eine sprachlich-taktische Wende der CDU: der scharfe, neoliberale Modernisierungston wurde durch eine neue Melodie ersetzt: „Sicherheit“ (in mehrdimensionaler Hinsicht) oder „Chancengesellschaft“ sind nun Schlüsselbegriffe. Erkennbar ist erstens das taktisch motivierte Bemühen, dem Sicherheits- und Gerechtigkeitsbedürfnis in der Bevölkerung Rechnung zu tragen, zweitens gleichzeitig moderne urbane Mittelschichten mit neuen Themen anzusprechen (Klima, Familie, Integration). Und drittens gibt es symbolische Zugeständnisse an die konservative Klientel („Leitkultur“). Das Programm drückt den Versuch aus, einen an breite Teile der Gesellschaft anschlussfähigen Konservatismus zu formulieren (wie in jüngster Zeit Fredrik Reinfeldt in Schweden oder Nicolas Sarkozy in Frankreich).
- ▶ Gleichzeitig fehlt dem Programm jede Kohärenz. Es ist keine durchdachte Leitidee jenseits von Leerformeln erkennbar. Es zerfällt in eine semantische Annäherung auch an SPD-Positionen (wie schon in früheren Programmen die Übernahme der drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität) auf der einen Seite und den wirtschafts- und sozialpolitischen Bruch mit wichtigen Elementen der Sozialen Marktwirtschaft auf der anderen Seite.
- ▶ Ronald Pofalla hat bei der Vorstellung des Entwurfs erklärt: „Leipzig gilt weiter“. Das bedeutet: die CDU hält in ihrem Programm an genau den Forderungen fest, denen die Bürger bei der letzten Bundestagswahl eine klare Absage erteilt haben. Zu nennen sind: die Kopfpauschale im Gesundheitssystem, eine ungerechte Steuerpolitik und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten. Hinzu kommen: Forderung nach konsequenter Privatisierung, Verschuldungsverbot für die öffentlichen Haushalte, Steuerwettbewerb zwischen Kommunen und Ländern.
- ▶ CDU bekennt sich rituell zur „Sozialen Marktwirtschaft“, aber das scheint nur eine Leerformel zu sein. „Marktradikalismus im Schafspelz“ wäre die bessere Bezeichnung.
- ▶ Damit blieben zahlreiche ungelöste Fragen und Widersprüche. Der Anspruch auf Modernität im Sinne einer zeitgemäßen und konsistenten Antwort auf aktuelle Widersprüche wird vom Programm nicht eingelöst. Einige Beispiele:
  - ▶ Die CDU will die Soziale Marktwirtschaft global verwirklichen, aber ihre wirkliche Botschaft ist deutlich: „Im Zweifelsfall hat jedoch die Freiheit des Marktes Vorrang.“ (Zitat PG-Entwurf).
  - ▶ Die CDU verspricht abstrakt mehr Sicherheit, aber ihre Politik führt zu mehr konkreten Unsicherheiten in Arbeit und Lebensplanung.
  - ▶ Die CDU will die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und gleichzeitig die Atomenergie weiter nutzen – ohne die Lagerungsprobleme des Atommülls zu lösen.
  - ▶ Die CDU verspricht mehr Geld für Bildung und Forschung und gleichzeitig niedrigere Steuern.

<p><i>(Originalzitate sind kursiv gesetzt)</i></p> <p><b>Themen</b></p>	<p><b>SPD</b> (Quelle: „Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert - Bremer Entwurf“, Januar 2007)</p>	<p><b>CDU</b> (Quelle: „Grundsätze für Deutschland“, Mai 2007)</p>	<p><b>Kommentierung / Bewertung</b></p>
<p><b>Grundwerte und Leitbilder</b></p>	<p><b>Grundwerte der Sozialen Demokratie</b></p> <p>Gleiche Würde aller Menschen Ausgangspunkt und Ziel der Politik. Menschenbild vereint humanistische und religiöse Vorstellungen mit Ideen der Aufklärung.</p> <p>Kein Allmachtsanspruch über die Menschen, da Gefahr in totalitäre Herrschaft abzugleiten.</p> <p>Die Gesellschaft ist „<i>bei Behinderung, im Alter, am Lebensanfang und am Lebensende zum Schutz der Menschenwürde besonders verpflichtet.</i>“</p> <p><b>Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität</b> bilden eine Einheit. Gleichrangig und gleichwertig, bedingen, begrenzen und ergänzen einander.</p> <p><b>Freiheit:</b> Freie Entfaltung der Persönlichkeit hat Voraussetzungen: Abwehr von Willkür und Unterdrückung, Zugang zu sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Bedingungen der Freiheit.</p> <p>Solidarität: Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen, zwischen Starke und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält. Gemeinsame Regeln und Organisationen, Sozialstaat als organisierte Solidarität.</p> <p><b>Gerechtigkeit:</b> Verlangt, dass alle die glei-</p>	<p><b>Christliches Menschenbild</b></p> <p>Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Daraus folgt unantastbare gleiche Würde aller Menschen. „<i>Das Leben des Menschen – auch des Ungeborenen und des Sterbenden – ist unantastbar.</i>“</p> <p>Grenzen der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik.</p> <p><b>Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit</b> erfordern und ergänzen einander. Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten, Aufgabe und Kern der Politik.</p> <p><b>Freiheit:</b> Freiheit umfasst Rechte und Pflichten. Aufgabe der Politik, Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern und sie für das Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen.</p> <p><b>Solidarität:</b> Ausdruck der sozialen Natur des Menschen. Gebot der Nächstenliebe. Prinzip Subsidiarität. „<i>Es werden weder Almosen noch eine kostenlose Versorgung gewährt, wohl aber ein Leben in sozialer Sicherheit ermöglicht.</i>“ „<i>Solidarität verbietet es, das System der sozialen Sicherung zu missbrauchen.</i>“ Verpflichtet gegenüber künftigen Generationen.</p> <p><b>Gerechtigkeit:</b> Verlangt, Gleiches gleich und</p>	<p>Die CDU stellt das christliche Bekenntnis in den Mittelpunkt und wirbt gleichzeitig um Andersgläubige und Nichtgläubige – hierin liegt ein Spannungsverhältnis. SPD geht von konsequent universellen Werten aus.</p> <p>Die CDU betont im Freiheitsbegriff individuelle „<i>Pflichten</i>“, die SPD den Zugang zu Voraussetzungen der Freiheitsentfaltung.</p> <p>Die CDU hat einen misstrauischen und abwehrenden Begriff von Solidarität. Vor allem wird Missbrauch vermutet. Die SPD versteht Solidarität offensiv als starke Kraft der Gesellschaft.</p> <p>Die CDU betont bei Gerechtigkeit die Un-</p>

	<p>chen Möglichkeiten erhalten, an Bildung, an Arbeit, an sozialer Sicherheit, an Kultur und Demokratie teilzuhaben.  <i>„Menschen sind verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunftsunterschiede dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden.“</i>                  Mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht. Anerkennung von Leistung. <i>„Wer durch Einkommen und Vermögen Vorteile genießt, muss angemessen zum Wohl der Gesellschaft beitragen: Eigentum verpflichtet.“</i></p> <p><b>Leitprojekte</b></p> <p><b>Globalisierung freiheitlich, gerecht und solidarisch gestalten.</b> Politische Handlungsmacht zurückgewinnen. Starkes und soziales Europa, globale Verantwortungsgemeinschaft von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik</p> <p><b>Politik der neuen Wertschöpfung.</b> Qualitatives Wachstum, Wohlstand und Arbeit für alle, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.</p> <p><b>Vorsorgender Sozialstaat.</b> Chancen für ein selbstbestimmtes Leben, gerechte Teilhabe, sozialer Aufstieg, Sicherheit durch Solidarität.</p> <p><b>Aktive Bürgergesellschaft stärken.</b></p> <p><b>SPD „Partei der solidarischen Mitte“,</b> der Arbeit und der Wertschöpfung, der Bildung, Wissenschaft und des Fortschritts, für das ganze Deutschland, Partei der internationalen Solidarität.</p>	<p>Ungleiches ungleich zu behandeln. <i>„Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen.“</i> Stärkere müssen größeren Beitrag zum Gemeinwesen leisten als Schwächere.</p> <p><b>„Leitkultur“</b>                  Nation und Patriotismus Fundament der Zusammengehörigkeit. <i>„Jeder Bürger muss zudem die für uns alle verbindlichen kulturellen Grundlagen unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung anerkennen.“</i></p> <p><i>„Dieses umfassende Verständnis macht unsere Leitkultur in Deutschland aus und ist die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“</i></p> <p><b>Leitbild „Chancengesellschaft Deutschland“</b></p> <p>Mut zur Freiheit in Zeiten des Umbruchs. Rahmenbedingungen für ein sicheres Leben Aufgabe der Politik. <i>„Der Staat soll Freiheit sichern. Dazu muss er sich oft mehr zurücknehmen, manchmal aber stärker hervortreten.“</i></p> <p><i>„Unser Leitbild ist die Chancengesellschaft, die zusammenhält und den Bürgern vielfältige Möglichkeiten eröffnet, in einer veränderten Welt ihr Leben zu meistern.“</i></p> <p><b>CDU „Volkspartei der Mitte“, „Partei der deutschen Einheit“</b></p>	<p>gleichheit („die Anlage“) der Menschen. Die SPD stellt die aktive Politik für mehr Gleichheit an Chancen und Teilhabe ins Zentrum.</p> <p>Die CDU gründet Zusammenhalt auf Nation und „Leitkultur“. Die SPD stellt universelle Rechtsprinzipien, Toleranz und solidarische Politik in den Mittelpunkt.</p> <p>Das CDU-Leitbild der „Chancengesellschaft“ verbirgt einen unaufgelösten Widerspruch: Freiheit und Sicherheit stehen gegeneinander. Die CDU spürt die soziale Unsicherheit, gibt aber keine Antwort, die über den Appell an den Einzelnen hinausgeht. Unklar auch, was der Staat tun soll: sich zurückziehen oder handeln?</p> <p>Die SPD formuliert mit den Leitprojekten: Globalisierung gestalten, Wertschöpfung entfalten, vorsorgender Sozialstaat und solidarische Bürgergesellschaft einen konsistenten Politikentwurf, der mehr Freiheitsraum für alle Menschen eröffnet, weil er Sicherheiten bietet.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p><b>Zeitanalyse</b></p>	<p><b>Die Zeit, in der wir leben</b></p> <p><b>Die Welt wächst zusammen</b> (Globalisierung als Chance, ökologische Risiken, Konzentration wirtschaftlicher Macht, neue Bedrohungen, Europa: Erfolge und Vertrauenskrise)</p> <p><b>Die beschleunigte Wirtschaft und der Umbruch der Arbeitswelt</b> (Deutschland als Globalisierungsgewinner, Rolle der Finanzmärkte, Wandel der Arbeitsgesellschaft, Beschleunigung und Auswirkungen auf Lebensführung)</p> <p><b>Die sozialen Fragen unserer Zeit</b> (Gefährdung sozialer Errungenschaften, Vererbung von Armut, ungleiche Chancen, Gleichstellung, Chancen und Risiken des demografischen Wandels, Kulturelle Konflikte)</p> <p><b>Politik im Wandel</b> (Veränderte Bedingungen für politische Institutionen und Parteien, Bedürfnis nach politischer Orientierung)</p>	<p><b>Herausforderungen unserer Zeit</b></p> <p><b>Bedrohte Schöpfung</b> (Ethische Grenzen des Fortschritts, Klimawandel)</p> <p><b>Die globalisierte Welt</b> (Globalisierung ist unumkehrbar, hat Chancen und Risiken)</p> <p><b>Die Anforderungen der Wissensgesellschaft</b> (Bildung und Wissen wichtigste Ressourcen)</p> <p><b>Die gefährdete Sicherheit</b> (Asymmetrische Bedrohungen, neue Bedrohungen auch im Inneren)</p> <p><b>Der demografische Wandel</b> (Auswirkungen auf soziale Sicherung und Regionen)</p>	<p>Auf den ersten Blick wirken die Zeitanalysen von CDU und SPD ähnlich. Bei genauerem Hinsehen zeigen sich jedoch klare (politische) Unterschiede:</p> <p>Im CDU-Entwurf gibt es in Bezug auf die festgestellten Veränderungen der Welt keine handelnden Subjekte und keine Interessen. Woher „die globalisierte Welt“ kommt, wird außer Acht gelassen.</p> <p>Im CDU-Entwurf werden viele Themen nur angerissen; Zusammenhänge und die Ambivalenz der Veränderungen werden nicht herausgearbeitet. Die „Herausforderungen unserer Zeit“ erscheinen deutlich mehr als Sachzwänge und nicht als politische Gestaltungsaufgaben.</p>
<p><b>Wirtschaft und Arbeit</b></p>	<p><b>Neue Wertschöpfung und Gute Arbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt drei Hauptziele: hoher und gerecht verteilter Wohlstand, Arbeit für alle und Nachhaltigkeit.</li> </ul> <p><b>Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ SPD und Gewerkschaften haben Soziale Marktwirtschaft maßgeblich mit gestaltet</li> <li>▶ Soziale Marktwirtschaft modernisieren, um sie zu erhalten</li> <li>▶ So viel Markt wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig</li> </ul>	<p><b>Soziale Marktwirtschaft</b></p> <p><i>„Die Soziale Marktwirtschaft geht vom einzelnen Menschen als Geschöpf Gottes aus, dessen Würde unantastbar ist. Sie ist eine Ordnung, in der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit einander erfordern und ergänzen. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftssystem. Sie ist ein Gesellschaftsmodell...Sie ist sozial, weil sie die Solidarität, auf der unsere staatlich organisierten Systeme der sozialen Sicherung beruhen, ökonomisch ermöglicht.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Soziale Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung</li> </ul>	<p>Das CDU-Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ ist rituell und findet vor allem auf der sprachlichen Ebene statt. Mit Blick auf die politischen Konzepte lässt sich dies nicht mehr rechtfertigen.</p>

	<p><b>Politik für Vollbeschäftigung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Ziel der Vollbeschäftigung, allerdings mit Berufs- und Arbeitsplatzwechseln; Steigerung der Erwerbsquoten</li> <li>▶ Vier Säulen: Wachstum und Innovation, Sicherung Beschäftigungsfähigkeit, Sozialer Arbeitsmarkt, moderne Arbeitszeitpolitik</li> </ul> <p><b>Zukunftsmärkte brauchen Politik / Strategische und ökologische Industriepolitik</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Ziel: Qualitatives Wachstum</li> <li>▶ Staat als Pionier in Leitmärkten</li> <li>▶ Strategische Industriepolitik als Querschnittsaufgabe</li> </ul> <p><b>Moderne Dienstleistungspolitik</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Höhere öffentliche und private Nachfrage nach (qualifizierten und einfachen) Dienstleistungen</li> </ul> <p><b>Wachstum und Stabilität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa muss Wachstum fördern</li> <li>▶ Hohe Binnennachfrage; produktivitätsorientierte Lohnpolitik</li> <li>▶ Mindestlöhne</li> <li>▶ Hohe Investitionsquote</li> </ul> <p><b>Solide Staatsfinanzen und öffentliche Zukunftsinvestitionen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Reduzierung der öffentlichen Verschuldung</li> <li>▶ Verlässlichere Staatseinnahmen</li> <li>▶ Ziel der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und einer ausgewogenen Einkommensverteilung</li> <li>▶ Wissen und Qualifikation als Produktivkräfte</li> <li>▶ Steigerung der Qualifikationen</li> <li>▶ Stärkung der Kreativwirtschaft</li> </ul>	<p><b>Neugieriges Deutschland: Forschung sichert Wohlstand</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Wissenschaft und Forschung entscheiden über Wohlstand; Freiheit von Wissenschaft und Forschung</li> <li>▶ FuE-Ausgaben sollen bis 2015 auf 4 % des BIP gesteigert werden</li> </ul> <p><b>Wirtschaft und Arbeit</b></p> <p><i>„Wir müssen die grundlegenden Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in die richtige Balance bringen, um zu einer Politik der Vollbeschäftigung, des stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums, der soliden Haushalte und der stabilen sozialen Sicherungssysteme zurückzukommen. ...Es muss gelten: So wenig Staat wie möglich, so viel Staat wie nötig. Deutschland braucht grundlegende Reformen, damit wir unseren Wohlstand sichern und mehren können und damit es gerecht zugeht.“</i></p> <p><i>„Wir wollen die Staatsquote senken, Bürokratie abbauen, das Arbeitsrecht flexibel und das Steuerrecht wettbewerbsfähig gestalten sowie die Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung verbessern.“</i></p> <p><i>„Wir wollen staatliche Subventionen begrenzen und abbauen sowie weiterhin Wirtschaftsbetriebe mit staatlicher Beteiligung privatisieren. Insbesondere auch für die kommunale Ebene gilt: Der Staat soll nur dann tätig werden, wenn eine Leistung nicht ebenso durch Private erbracht werden kann.“</i></p> <p><i>„Arbeit für Alle ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Fairer Ausgleich zwischen Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer und Beschäftigungschancen der Arbeitslosen</li> </ul>	<p>In der Finanzpolitik wird kein konkretes Konzept vorgelegt. Letztlich ist es aber die Absage an eine Steuerpolitik, die gerecht in sozialer und regionaler Hinsicht ist. Vor allem direkte Steuern sollen gesenkt und durch indirekte Steuern ersetzt werden.</p> <p>Konkret ist das klare Bekenntnis zum Verschuldungsverbot der öffentlichen Haushalte und des regionalen Steuerwettbewerbs – ohne jedoch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen zu reflektieren.</p> <p>Grundsätzlich soll eine Politik der Entstaatlichung betrieben werden: Senkung der Staatsquote (ohne zu sagen, in welchen Bereichen) und Privatisierung (ohne kritische Reflexion der bisherigen Privatisierungen).</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p><b>Wirtschaftliche Demokratie und soziale Teilhabe</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Wirtschaftliche Demokratie erfüllt Grundgesetz</li> <li>▶ Sicherung und europäische Stärkung der Mitbestimmung, Erhalt Tarifautonomie</li> <li>▶ Starke Gewerkschaften</li> <li>▶ Sicherung Arbeitnehmerrechte</li> <li>▶ Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenskapital</li> </ul> <p><b>Kapitalmärkte: Chancen nutzen, Risiken kontrollieren</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Finanzmärkte sollen langfristig ausgerichteten Wirtschaftskultur dienen</li> <li>▶ Internationale Regulierung</li> <li>▶ Erhalt Sparkassen und Genossenschaftsbanken</li> </ul> <p><b>Verbraucher und Verantwortung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Verantwortungsbewusste Verbraucher als Ausdruck der solidarischen Bürgergesellschaft</li> <li>▶ Informations- und Transparenzregeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Flexibilisierung des Kündigungsschutzes ist Gebot der Gerechtigkeit</li> <li>▶ Rechtssichere Gestaltung „betrieblicher Bündnisse“</li> <li>▶ „Zukunftsfähige“ und „Betriebsnahe“ Weiterentwicklung der Mitbestimmung</li> <li>▶ Beteiligung der Arbeitnehmer am Erfolg der Unternehmen</li> <li>▶ Umstellung auf Jahresarbeitszeitkonten</li> <li>▶ Finanzielle Unterstützung von Niedriglöhnen; Verbot sittenwidriger Löhne</li> <li>▶ Entkopplung der „Lohnzusatzkosten“ von den Arbeitskosten</li> </ul> <p><b>Solide Finanzen</b></p> <p>„Damit die Bürger das Steuerrecht akzeptieren, muss es den Prinzipien folgen: einfach, niedrig, gerecht.“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Schuldenstand entschlossen zurückführen</li> <li>▶ Strengere Definition der „öffentlichen Investitionen“</li> <li>▶ Grundsätzliches Neuverschuldungsgebot zur Mitte des nächsten Jahrzehnts im GG und allen Landesverfassungen</li> <li>▶ Senkung der direkten Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge und entsprechende Erhöhung der indirekten Steuern</li> <li>▶ Ab 2019 „einfacher Finanzausgleich ohne Sonderregelungen“</li> <li>▶ Mehr finanzielle Eigenverantwortung für die Länder und Kommunen</li> <li>▶ Einfache und niedrige Steuersätze</li> <li>▶ Unternehmen sind in erster Linie Wirtschafts-, nicht Steuersubjekte</li> </ul>	<p>Die CDU will zwar „Arbeit für alle“ aber hat keine Position zur Qualität dieser Arbeit. Zwar will sie sittenwidrige Löhne verbieten. Letztlich sollen Arbeitnehmerrechte aber weiter abgebaut werden. Börsartig ist die Begründung für diesen Abbau (vor allem Kündigungsschutz), der laut CDU-Programm aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber Arbeitslosen nötig sei.</p> <p>Auffällig ist jedoch die CDU-Position, den FuE-Anteil am BIP bis 2015 weiter auf 4 % zu erhöhen. Hier fragt sich allerdings: Wie soll das zu schaffen sein, wenn Steuersenkungen versprochen und staatliche Investitionstätigkeit beschränkt wird? Schon das bisherige Ziel von 3 % erfordert bis 2010 (bei unterstelltem realen Wachstum von 1,5 % pro Jahr) ein Aufwachen der FuE-Ausgaben von mehr als 20 Mrd. Euro gegenüber 2005.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p><b>Sozialstaat</b></p>	<p>Demokratie und Sozialstaat gehören zusammen. Sozialstaat ergänzt bürgerliche Freiheitsrechte durch soziale Bürgerrechte. Leistet einen eigenen produktiven Beitrag zum Wohlstand.</p> <p><b>Leitbild des Vorsorgenden Sozialstaates:</b> Aktive, präventive, investive Ziele im Mittelpunkt. Solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken. Einstellung auf neue Arbeitsbiografien, unterschiedliche Lebens- und Arbeitsphasen.</p> <p><b>Drei Ziele: Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit.</b> Frühstmögliche Förderung durch Bildung. Mehr und bessere soziale Dienstleistungen. Verstärkt am Bürgerstatus, weniger am Erwerbsstatus ansetzen. Finanzierung sichern: Anteil der Beiträge muss sinken, Anteil der Steuern muss steigen. Keine einseitige Belastung abhängig Beschäftigter.</p> <p><b>Gute Arbeit.</b> Höhere Beschäftigungsquote von Frauen und Älteren. Gleichberechtigung von Mann und Frau. Familienfreundliche, altersgerechte Arbeitszeitgestaltung.</p> <p><b>Gesund leben.</b> Vermeidung von Krankheiten, Vorsorge, Rehabilitation. Bürgerversicherung im Gesundheitswesen.</p> <p><b>Menschenwürdige Pflege.</b> Prinzipien der Bürgerversicherung bei der Pflege. Individuelle Pflege.</p> <p><b>Sicher und aktiv im Alter.</b> Aktive Teilhabe Älterer am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Sicherung des Lebensstandards im Alter. Gesetzliche Rente „tragende Säule“,</p>	<p>„Solidarität und soziale Sicherheit kommen nicht in erster Linie vom Staat.“ Sozialstaat bleibt unverzichtbar, aber Sozialsysteme müssen verändert werden. Prinzip Generationengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit. „Wir werden Missbrauch von sozialen Leistungen entschieden bekämpfen.“ „Sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf nicht zur Entmündigung durch den Staat führen.“</p> <p><b>Krankenversicherung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Verantwortung des Einzelnen, seine Gesundheit zu erhalten.</li> <li>▶ Prävention als eigenständige Säule des Gesundheitswesens.</li> <li>▶ Stärkung von Eigenverantwortung, Bonusmodellen, Wahl- und Selbstbehalttarifen. „In der gesetzlichen Krankenversicherung wird die an das Arbeitseinkommen gekoppelte Finanzierung stufenweise durch solidarische Prämienelemente ergänzt.“</li> <li>▶ Baldmöglichst durch ein solidarisches Prämienmodell mit Kapitalbildung ersetzen. Sozialer Ausgleich aus Steuermitteln. Schrittweise Abkopplung der Gesundheits- und von den Arbeitskosten.</li> </ul> <p><b>Alterssicherung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Drei Säulen: gesetzlich, betrieblich, privat. Gesetzliche Rente als Armutsvermeidung, Erhalt beitragsbezogener Leistungen. Ausbau betriebliche Altersvorsorge, „Altersvorsorgekonten, auf die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzahlen können“.</li> <li>▶ Mehr „Selbstbestimmung über das Ende des Arbeitslebens“.</li> </ul> <p><b>Pflegeversicherung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Umlagefinanzierung durch „solidarische Prämienelemente“ ergänzen, möglichst durch „kapitalgedecktes solidarisches Prämienmodell“ ersetzen.</li> </ul>	<p>Der CDU-Entwurf hat kein eigenständiges Sozialstaatskapitel. Die entsprechenden Aussagen fallen unter die Überschriften „Demografischer Wandel“ und „Für einen starken Staat“. Die CDU denkt Sozialstaat hauptsächlich in Sozialversicherungssystemen. Ihre Forderungen zielen vor allem auf Rückbau den des Staates und die Privatisierung von Risiken.</p> <p>Der Sozialstaat wird als Last dargestellt. Die SPD steht zum Sozialstaat als Zukunftsmodell, will ihn besser auf neue Risiken einstellen und gerechter finanzieren. Der vorsorgende Sozialstaat wird auch als ökonomischer Erfolgsfaktor verstanden.</p> <p>Bei GKV und Pflegeversicherung fordert die CDU Kopfpauschalen, allerdings sprachlich abgemildert als „solidarische Prämienelemente“.</p>
---------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>ergänzt durch betriebliche und private Vorsorge. Prinzip Erwerbstätigenversicherung.</p> <p><b>Vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen</b> (Kindergärten, Schulen, Soziale Stadt)</p>	<p><b>Arbeitslosenversicherung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Bleibt solidarische Versicherung. Absicherung eines „erheblichen Teils“ des Einkommens aus vorangegangener Beschäftigung über „angemessenen Zeitraum“.</li> <li>„Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes muss an die Dauer der Beitragszahlung gekoppelt sein.“</li> <li>▶ Beschränkung der Versicherungsfunktion, Ausbildungsleistungen aus Steuermitteln finanzieren.</li> </ul>	<p>Bei der Arbeitslosenversicherung soll die Bezugsdauer des ALG I an die Dauer der Beitragszahlung gekoppelt werden.</p>
<p><b>Familie und Bildung</b></p>	<p>„Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner und Generationen füreinander eintreten.“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Familienbild an gesellschaftlicher Wirklichkeit orientieren: Die meisten Menschen wünschen sich die Ehe. Unterstützung anderer gemeinsamer Lebenswege, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, alleinerziehender Eltern.</li> <li>▶ Mehr finanzielle Unterstützung, mehr Unterstützung von Gesellschaft und Arbeitgebern. Arbeitswelt muss Bedürfnissen der Familie Rechnung tragen.</li> <li>▶ Kitas unverzichtbares Glied der Bildungskette. Bildungs- und Erziehungsauftrag von vorschulischen Einrichtungen stärken.</li> <li>▶ Gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Rechtsanspruch auf Betreuung.</li> </ul>	<p>„Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Ehe als Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau, Grundlage für Familie. Respekt vor anderen Formen der Partnerschaft: nicht-eheliche u. gleichgeschlechtliche Partnerschaften, keine Gleichstellung mit der Ehe von Mann und Frau</li> <li>▶ Finanzielle Leistungen in einer „Familienkasse“ bündeln. Ehegattensplitting erhalten, zu Familiensplitting erweitern.</li> <li>▶ Bedarfsgerechter Ausbau von Betreuungseinrichtungen. „Den Kindergartenbesuch wollen wir mittelfristig beitragsfrei anbieten; Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung.“</li> </ul>	<p>In der Familienpolitik öffnet sich die CDU teilweise für ein moderneres Familienbild. Sie setzt sich jedoch dafür ein, das Ehegattensplitting zu erhalten und um ein Familiensplitting zu ergänzen. Dieser Vorschlag ist teuer und verteilungspolitisch ungerecht.</p>

	<p><b>Bildung für alle</b></p> <p><b>Chancengleichheit verwirklichen.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Ausgrenzung überwinden, finanzielle Hürden überwinden. Aufgabe des Staates: Bildung unabhängig von Herkunft. Gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis einschließlich des Studiums. Öffentliche Ausgabe für Bildung müssen steigen. Kultur der zweiten, dritten Chance (zweiter Bildungsweg).</li> </ul> <p><b>Gemeinsam lernen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Ausbau der Ganztagschule. Schule als Lebensmittelpunkt. Längeres gemeinsames Lernen mit besserer individueller Förderung. Schulsystem, das Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft aufbricht.</li> </ul> <p><b>Berufliche Ausbildung modernisieren:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Duales System in neuen Branchen verankern. Verzahnung Betrieb-Schule, Hilfen für neue Betriebe, solidarische Finanzierungsmodelle.</li> </ul> <p><b>Studium und Forschung stärken:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Mehr hochqualifizierte Fachkräfte, mehr Menschen, die studieren. Finanzverantwortung Staat für Hochschulen. Offener Zugang, Anteil aus bildungsfernen Familien erhöhen, Ausbau von Studienplätzen.</li> </ul> <p><b>Weiterbildung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ vierte Säule des Bildungssystems</li> </ul>	<p><b>Bildungs- und Kulturnation Deutschland – Antworten auf die Wissensgesellschaft</b></p> <p><b>Mehr Bildung für alle:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Soziale Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden; lebenslanges Lernen; Bildung von Anfang. Maxime: Prävention vor Reparatur.</li> </ul> <p><b>Bildung von Anfang an:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Gegliedertes Schulsystem. Öffentliche Verantwortung für Schul- und Bildungswesen. Verkürzung der Schul-, Bildungs- und Ausbildungsphase. Bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagschulen.</li> </ul> <p><b>Praktisches Wissen und Können:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Flexible Wege in der dualen Ausbildung. Ausbildungsbausteine als abgegrenzte und standardisierte Lerneinheiten. Berufliche Ausbildung muss Zugang zu Hochschulstudium ermöglichen.</li> </ul>	<p>Der Eindruck drängt sich auf, dass die CDU-Autoren die SPD-Begriffe abgekupfert haben (Bildung für alle, Bildung von Anfang an). Aber es steckt eben doch anderes dahinter: Die SPD ist konsequent und buchstabiert Gebührenfreiheit von Bildung und staatliche Verantwortung als Bedingung von echter Chancengleichheit durch.</p> <p>Die CDU will ausdrücklich am gegliederten Schulsystem festhalten.</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p><b>Gleichstellung</b></p>	<p><b>Gleichstellung der Geschlechter</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Umgestaltung in eine Gesellschaft gleicher Chancen für Männer und Frauen in allen Lebensbereichen</li> <li>▶ Vereinbarkeit Familie und Beruf</li> <li>▶ Selbstbestimmtes Leben verwirklichen</li> <li>▶ Existenzsichernde Erwerbsarbeit</li> <li>▶ Prinzip des „Gender Mainstreaming“</li> </ul>	<p>„Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht. Ziel unserer Politik ist, für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen gleiche Chancen zu schaffen und Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen. Wir stehen für eine moderne Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männer gleichermaßen im Blick hat und darauf zielt, überkommene Rollenbilder zu überwinden.“</p>	<p>Frauenpolitik / Gleichstellung taucht bei der CDU nicht als eigener Schwerpunkt, sondern nur in Form eines Bekenntnisses auf.</p>
<p><b>Staat / Innere Sicherheit</b></p>	<p><b>Solidarische Bürgergesellschaft, demokratischer Staat:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ gesellschaftliche Solidarität schafft Zusammenhalt</li> </ul> <p><b>Leistungsfähiger, transparenter, bürgerfreundlicher Staat:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Über öffentliche Güter bestimmt das Primat der Politik.</li> </ul> <p><b>Sicherheit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Gewaltmonopol des Staates, keine Privatisierung der Sicherheit. Sicherheit im Inneren Aufgabe der Polizei. Verbot der Willkür und Folter absolut. Selbstbestimmung über eigene Daten ist Grundrecht. Umfassende Sicherheit durch soziale Teilhabe.</li> </ul> <p><b>Starke Kommunen, sozialer Bundesstaat:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ kommunale Selbstverwaltung stärken, finanziellen Handlungsspielraum erweitern. Prinzip Subsidiarität. Solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands. Leitbild Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.</li> </ul> <p><b>Deutschland ist ein Einwanderungsland:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Einwanderung als Übereinkunft zwischen Menschen, die kommen, und der Gesellschaft, die sie aufnimmt. Integration heißt: Faire Chancen, klare Regeln des Grundgesetzes. Einbürgerung nicht Ende, sondern Etappe der Integration. Grundrecht auf Asyl.</li> </ul>	<p><b>Bürgergesellschaft stärken:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Bürgersinn stiftet Zusammenhalt</li> </ul> <p><b>Starker Staat:</b></p> <p>Auf Kernaufgaben konzentrieren, nicht überfrachten, keine Aufgaben, die der Eigenverantwortung zuwiderlaufen.</p> <p><b>Sicherheit:</b></p> <p>Staatliche Organe müssen die zur Kriminalitätsbekämpfung nötigen Informationen beschaffen. „Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.“ Stärkung des „Heimatschutzes“ durch Bundeswehr: Einsatz im Inneren bei besonderen Gefährdungen.</p> <p><b>Föderalismus:</b></p> <p>Heimat und Identität. Prinzip Subsidiarität bei Kompetenzaufteilung Bund-Länder.</p> <p><b>Integrationsland Deutschland:</b></p> <p>Integration politische Schlüsselaufgabe. „Integration bedeutet die Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis allgemein geteilter und gelebter Grundwerte.“ „Legale Migration ist vor allem auch Bereicherung.“ Ablehnung „Parallelgesellschaften“. Einbürgerung am Ende des Integrationsprozesses.</p>	<p>Die CDU versteht die Bürgergesellschaft als Ansammlung Einzelner im privaten Raum. Das SPD-Konzept der solidarischen Bürgergesellschaft will vor allem gemeinsame politische Einmischung und mehr Demokratie unterstützen.</p> <p>Das Verhältnis der CDU zur Einwanderung bleibt abwehrend. Ihr neues Bekenntnis zur Integration ist zu begrüßen – als Ankunft in der Realität. Aber Integration braucht die aktiven Anstrengungen des vorsorgenden Sozialstaates und die Förderung der Einbürgerung.</p> <p>Bei innerer Sicherheit forciert die CDU die staatlichen Eingriffe in Freiheitsrechte. Datenschutz z.B. findet gar nicht mehr statt. Das zeigt: Wo es nicht um wirtschaftliche Interessen geht, kehrt sich das von der CDU propagierte Verhältnis Staat-Freiheit ins Gegenteil: weniger bürgerliche Freiheit, mehr Überwachungsstaat.</p> <p>Die CDU fordert den Einsatz der Bundeswehr im Inneren – zum (wortwörtlich) „Heimatschutz“!</p>

<p><b>Globalisierung gestalten</b></p>	<p><b>Die Globalisierung gestalten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Wirksame Regeln für Finanz-, Rohstoff- und Warenmärkte sowie internationale soziale und ökologische Standards</li> <li>▶ Verwirklichung der UN-Millenniumsziele</li> <li>▶ Globaler Rat für Wirtschafts-, Sozial und Umweltpolitik</li> <li>▶ Mehr Gerechtigkeit im Welthandel, Öffnung der Märkte der Industrieländer</li> <li>▶ Ordnungspolitischer Rahmen für Finanzmärkte</li> <li>▶ Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen bei Entscheidungen der internationalen Organisationen</li> <li>▶ Internationales Gütesiegel für Produkte</li> </ul>	<p><i>„Die Globalisierung ist eine von Menschen gemachte Entwicklung, die wir beeinflussen und gestalten können.“</i></p> <p><i>„Eine neue Wirtschaftspolitik muss die Standards der Sozialen Marktwirtschaft international verankern. Damit erreicht die Soziale Marktwirtschaft eine neue Dimension.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Mehr „Chancengerechtigkeit“, national wie international</li> <li>▶ EU als erfolgreiches Modell für Marktöffnung und soziale, ökologische Standards</li> <li>▶ Stärkung der Handlungsfähigkeit, Effizienz und Stärke der internationalen Organisationen; Nutzung der bestehenden Organisationen für Durchsetzung der Menschenrechte und Mindeststandards</li> <li>▶ International abgestimmte Wettbewerbsordnung</li> <li>▶ Im Zweifel hat jedoch die Freiheit des Marktes Vorrang</li> <li>▶ Verlässlicher Ordnungsrahmen und Transparenz für Finanzmärkte</li> </ul>	<p>Die CDU fordert, die Soziale Marktwirtschaft zum Leitprinzip auch der europäischen und globalen Ebene zu machen. Auch dies ist eine leere Phrase, die durch kein einziges klares Projekt konkretisiert wird.</p> <p>Letztlich ist der Satz, dass die Freiheit des Marktes im Zweifel Vorrang hat, das Leitbild der CDU zur Weltwirtschaftsordnung.</p>
<p><b>Nachhaltigkeit</b></p>	<p><b>Nachhaltiger Fortschritt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Allen Politikfeldern wird das Prinzip der Nachhaltigkeit zugrunde gelegt</li> <li>▶ Deutschland hat Vorreiterrolle</li> <li>▶ Nachhaltiger Fortschritt durch Innovation</li> </ul>	<p><b>Nachhaltigkeit</b></p> <p><i>„Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil christlichdemokratischer Politik: Wir wollen unseren Kindern und Enkeln eine Welt bewahren und hinterlassen, die auch morgen lebenswert ist.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Prinzip der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft</li> <li>▶ Weltweit führende Rolle bei Umwelttechnologien ausbauen</li> <li>▶ Langfristig sollen auf Ressourcenverbrauch Abgaben statt Steuern erhoben werden, die Erlöse wollen dem Umweltschutz zugute kommen</li> </ul>	<p>Die CDU geht das Thema Nachhaltigkeit ähnlich an wie die SPD. Klimaschutz und Umweltschutz werden vor allem als eine Innovationsaufgabe gesehen – mit Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung. Die grundsätzliche Skepsis gegenüber einer Energiewende hingegen ist verschwunden.</p> <p>Es bleiben jedoch Zweifel an der Glaubwürdigkeit, wenn es zum politischen Schwur kommt. In der Presseberichterstattung hat im März das Impulspapier „Umwelt“ wegen ehrgeiziger Ziele für Aufse-</p>

	<p><b>Klima / Energie</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Technische Erneuerungen brauchen Akzeptanz; Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in die Keimbahn</li> <li>▶ Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen Ressourcen</li> <li>▶ Ziel: solares Zeitalter</li> <li>▶ Ausstieg Atomenergie</li> <li>▶ Bei fossilen Energien Vorrang für heimische Kohle</li> <li>▶ Effizienz- und Einsparrevolution: Halbierung des Energieeinsatzes bis 2020 und Senkung um den Faktor 4 bis 2050</li> <li>▶ Halbierung des weltweiten Ausstosses der Treibhausgase bis 2050; Kyoto-Abkommen nur ein Anfang</li> </ul> <p><b>Mobilität und Lebensqualität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Investitionen in Verkehrsinfrastruktur; Vorrang für jeweils ökologisch günstigste Verkehrsträger</li> <li>▶ Überwindung Gegensatz Umwelt und motorisierter Individualverkehr; neue Antriebstechniken und Treibstoffe</li> </ul>	<p><b>Klima / Energie</b></p> <p><i>„Der globale Klimawandel ist zur ernststen Gefahr für die Schöpfung und die Lebenschancen künftiger Generationen geworden. Wir sehen es als ethische Pflicht und vorrangliche politische Zukunftsaufgabe, dieser Entwicklung entgegenzusteuern: Die CDU setzt sich dafür ein, dass Deutschland weiterhin eine führende Rolle beim Klimaschutz einnimmt und international als Impulsgeber auftritt.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Nach Kyoto: Internationales Klimaschutzabkommen ab 2012</li> <li>▶ Reduktion Treibhausmissionen 2020 um mindestens 30 % gegenüber 1990. Klima-Doppelstrategie: verbindliche Grenzwerte und neue Technologien</li> <li>▶ Verdopplung der Energieproduktivität 1990 zu 2020</li> <li>▶ Energiemix: klimaverträgliche Nutzung fossiler Energieträger, erneuerbare Energien (20 % am Gesamtenergieverbrauch bis 2020), Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke</li> </ul> <p><b>Mobilität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Erhöhung der Klimaverträglichkeit des Kraftfahrzeugverkehrs mit marktwirtschaftlichen Mitteln</li> </ul>	<p>hen gesorgt. Darin hieß es: <i>„Bis 2020 streben wir für Deutschland einen Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von nahezu 25 %, an der Stromerzeugung von 30 %, an der Wärmebereitstellung von 18-20 % und an den Kraftstoffen in Höhe von 20 % an.“</i> Diese Forderungen sind im Entwurf nur noch auf den 20-%-Anteil an Erneuerbaren Energien geschrumpft, der die schon gültigen deutschen Verpflichtungen wiederholt. Mal sehen, was bis zum Beschluss des CDU-Programms davon übrig bleibt.</p> <p>Ein zentraler Unterschied zwischen den Positionen bleibt der angestrebte Energiemix. Die CDU will u.a. an der Atomenergie festhalten.</p>
<p><b>Europa / internationale Politik</b></p>	<p><b>Das soziale und demokratische Europa</b></p> <p><i>„Seit der Verabschiedung des Heidelberger Programms im Jahr 1925 kämpfen deutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Einigung Europas.“</i></p>	<p><b>Deutschlands Chance Europa</b></p> <p><i>„Die CDU ist die deutsche Europapartei. Von Beginn an hat sie den europäischen Einigungsprozess leidenschaftlich vorangetrieben.“</i></p>	<p>Die CDU schreibt sich historisch fehlerhaft zugute, die europäische Einheit erfunden zu haben. Sie teilt mit der SPD die grundlegende Forderung nach Fortsetzung der Einigung, auch die strategische Bedeutung Europas im Zuge der Globalisierung.</p>

	<p>„Die EU ist ein Friedensprojekt.“ „Europa ist eine soziale und demokratische Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum.“</p> <p>„Die Europäische Union ist unsere Antwort auf die Globalisierung.“ „Auf europäischer und internationaler Ebene bündeln wir die Kräfte, um den globalen Märkten Regeln für mehr Gerechtigkeit, für soziale und ökologische Verantwortung zu geben.“</p> <p><b>Friedensmacht Europa</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Außenpolitische Handlungsfähigkeit verbessern, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken.</li> <li>▶ Langfristig Schaffung einer europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert ist.</li> <li>▶ Politisches und ökonomisches Gewicht der EU bündeln.</li> <li>▶ EU-Erweiterung hat Frieden geschaffen. Zusagen gegenüber Ländern einhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben. Beitrittsperspektive der Türkei.</li> </ul> <p><b>Das soziale Europa</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Soziale Dimension der EU stärken</li> <li>▶ Europäisches Sozialmodell entwickeln und stärken</li> <li>▶ Sozialdumping durch fairen Standortwettbewerb ersetzen</li> <li>▶ Europaweit einheitliche Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze für Unternehmenssteuern</li> <li>▶ Anhebung des Lebensstandards in wirtschaftlich schwächeren Regionen</li> <li>▶ Existenzsichernde Mindestlöhne</li> <li>▶ Verstärkte Investitionen in FuE</li> <li>▶ Koordinierte europäische Industriepolitik</li> <li>▶ Umstrukturierung des europäischen Haushalts, Senkung Agrarsubventionen</li> <li>▶ Stärkere makroökonomische Koordinierung im Euro-Raum</li> </ul>	<p>„Das christliche Bild vom Menschen ist als Teil des gemeinsamen europäischen Erbes wesentlich für die europäische Identität.“</p> <p>„Im eigenen Interesse muss Deutschland eine aktive Rolle bei der Vollendung der Einheit Europas übernehmen.“</p> <p>„Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung, denn es macht uns stark im internationalen Wettbewerb.“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Wesentlich für EU ist Akzeptanz der Bürger</li> <li>▶ EU muss sich gemäß Subsidiaritätsprinzip konzentrieren</li> <li>▶ Grundlegende Reform des Finanzierungssystems</li> <li>▶ Neue vertragliche Grundlage (mit Gottesbezug)</li> <li>▶ Stärkung der Demokratie und des Europäischen Parlaments; Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP</li> <li>▶ Nicht nur Erfüllung der Beitrittskriterien ist Maßstab für Aufnahme neuer Mitglieder, auch die Aufnahmefähigkeit der EU; Assoziierungsverträge und besondere Partnerschaften als Lösung</li> <li>▶ Europaweit einheitliche Mindeststandards in der Umwelt- und Sozialpolitik</li> <li>▶ Unabhängiger Normenkontrollrat</li> <li>▶ Gemeinschaftsrecht vereinfachen</li> <li>▶ Grenzüberschreitender Informationsaustausch der Polizei- und Sicherheitsbehörden</li> <li>▶ Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit integrierter Sicherheitsstrategie, die auch Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst</li> <li>▶ Angestimmte europäische Entwicklungszusammenarbeit</li> <li>▶ Integration nationaler militärischer Einheiten, Fernziel einer europäischen Armee</li> <li>▶ Transatlantischen Markt schaffen</li> </ul>	<p>Die CDU fordert EU-weit einheitliche Umwelt- und Sozialstandards, hat aber keine Leitidee eines sozialen Europas.</p> <p>Die EU-Erweiterungspolitik wird von der CDU defensiv beantwortet. Sie stellt implizit die Aufnahmefähigkeit für neue Mitglieder infrage.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p><b>Das demokratische Europa</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ EU demokratisch legitimieren, echte europäische Demokratie bauen</li> <li>▶ EU zur Mehrebenendemokratie entwickeln</li> <li>▶ Kompetenzen des EP stärken</li> <li>▶ Nationale Parlamente enger in Europa-politik einbinden</li> <li>▶ Beteiligungsrechte der Bürger stärken</li> </ul> <p><b>Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung</b></p> <p><i>„Die internationale Politik der Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen.“</i> <i>„Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland und Europa.“</i> <i>„Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte zentrale Probleme nur noch gemeinsam lösen. Darum arbeiten wir für die Entwicklung einer gemeinsamen Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit</li> <li>▶ Deutschland steht wegen seiner Geschichte in besonderer Verantwortung für Frieden und Verständigung</li> <li>▶ Bekenntnis zu besonderen Verantwortung für das Existenzrechts Israels, Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, lebensfähiger palästinensischer Staat</li> <li>▶ Transatlantische Partnerschaft erneuern, friedliche Weltordnung nur mit den USA erreichbar</li> <li>▶ Deutsch-französische Zusammenarbeit Motor der europ. Einigung, nach diesem Vorbild Verhältnis zu Polen entwickeln</li> <li>▶ Strategische Partnerschaft mit Russland, Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaat in Russland</li> </ul>	<p><b>Für Frieden und Freiheit eintreten – Deutschlands Rolle in der Welt</b></p> <p><i>„Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Richtschnur für unsere Außen- und Sicherheitspolitik“</i> <i>„Wir wollen Gefahren von unserem Land abwehren und uns zugleich weltweit für die Schaffung von Frieden und Freiheit sowie die Geltung der Herrschaft des Rechts und der universellen Menschenrechte einsetzen.“</i></p> <p>Erfolgreiche Außenpolitik muss nationalen Interessen folgen. <i>„Wenn wir international Solidarität üben, werden wir von anderen Staaten selbst Solidarität erfahren.“</i> Absage an nationale Sonderwege.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen. Existenzfähiger palästinensischer Staat.</li> <li>▶ Strategische Partnerschaft der EU mit Russland. Berücksichtigung der Interessen mittel- und osteuropäischer Staaten.</li> <li>▶ Zusammenarbeit mit Länder Asiens intensivieren</li> <li>▶ Partnerschaft mit Lateinamerika</li> <li>▶ Bemühungen Afrikas um nachhaltige Entwicklung unterstützen</li> <li>▶ <i>„Gewicht der westlichen Wertegemeinschaft stärken“</i></li> <li>▶ Fortsetzung der weltweiten Abrüstung, Rüstungskontrolle, europäisch koordinierte restriktive Handhabung der Rüstungsexporte</li> </ul>	<p>Auch die internationale Politik weist Übereinstimmungen beider Volksparteien auf. Die Außenpolitik der CDU ist jedoch stärker traditionell sicherheitspolitisch geprägt. Betont wird die Gefahrenabwehr. Im Gegensatz dazu formuliert die SPD auf der Grundlage eines umfassenden Sicherheitsbegriffs die Idee einer gerechten globalen Ordnung, in deren Mittelpunkt die UN als legitimierende Instanz stehen. Auch die CDU will die UN stärken. Deutlich stärkeres Gewicht hat aber das Bekenntnis, vor allem die <i>„westliche Wertegemeinschaft“</i> zu stärken, zumal dies mit dem Projekt eines <i>„transatlantischen Marktes“</i> unterlegt ist.</p> <p>Bei den wichtigen Fragen militärischer Einsätze und der atomaren Rüstungskontrolle bleibt die CDU unscharf. Festlegungen werden gemieden.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Enge Beziehungen zu den aufstrebenden Mächten in Asien, Lateinamerika und Afrika</li> </ul> <p><b>Multilateralismus: Stärkung globaler und regionaler Kooperation</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ UN als oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung ausbauen. Internationale Gerichtsbarkeit stärken.</li> <li>▶ <i>„Die SPD befürwortet einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Langfristig sollte die EU einen ständigen Sitz einnehmen.“</i></li> <li>▶ Stärkung UN-Generalsekretär</li> <li>▶ Mehr Transparenz von IWF, Weltbank und WTO</li> </ul> <p><b>Umfassende Sicherheitspolitik</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Krisenprävention effizienteste Sicherheitspolitik</li> <li>▶ <i>„Die SPD lehnt jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab.“</i> Beteiligung an Einsätzen nur mit völkerrechtlich bindendem Mandat durch die UN</li> </ul> <p><b>Abrüstung und Nichtverbreitung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Renaissance einer Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung</li> <li>▶ Ziel einer atomwaffenfreien Welt</li> <li>▶ Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen</li> <li>▶ Verbot von Landminen und Streubomben</li> <li>▶ Keine Herstellung, kein Besitz, keine Anwendung von Massenvernichtungswaffen durch Deutschland</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ <i>„Die Bundeswehr ist die Erfolgsgeschichte einer Armee in der Demokratie. Deshalb bekennen wir uns zur Wehrpflicht.“</i></li> <li>▶ UN müssen handlungsfähiger und durchsetzungstärker werden, Bereitschaft Deutschlands, im Sicherheitsrat mehr Verantwortung zu übernehmen</li> <li>▶ Welthandelsorganisation stärken, internationale Handelswege sichern</li> <li>▶ Entwicklungspolitik auf drei Säulen: Verantwortung für Armut, Abwehr von Gefahren, Stärkung von Partnerschaften</li> <li>▶ Privatwirtschaft für entwicklungspolitische Ziele gewinnen, Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % BIP steigern, <i>„sobald die Haushaltslage dies erlaubt“</i></li> </ul>	<p>Die CDU bekennt sich im Programm zur Wehrpflicht.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------

## Pressereaktionen auf den Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms

### ► „Es fehlt die konzeptionelle Kraft“

**Der Berliner Historiker Paul Nolte kritisiert das neue CDU-Programm als unentschlossen und konfliktscheu“**

Nolte: „Eine klare Bestimmung der gegenwärtigen Herausforderungen fehlt. (...) Das Programm ist bewusst so gestaltet, dass sich jeder seine eigene Interpretation zurechtlegen kann. Es versucht auf relativ billige Weise, verschiedene Strömungen aufzunehmen.“ (*taz*, 09.05.07, Interview mit Paul Nolte)

### ► „Die losen Blätter der CDU“

„Tatsächlich erhält das Programm beachtliche Sprünge in die Moderne, die vor zehn Jahren für die CDU unverstellbar waren- beim Familienbild, bei der Umweltpolitik und bei der Integration von Zuwanderern. Doch ist dabei keine klare, mutige und konsistente Definition einer modernen bürgerlichen Partei herausgekommen. Es ist kein Entwurf aus einem Guss. Stattdessen stehen Signale des Modernen und Verbeugungen vor den Parteitraditionen und ihren Flügeln unvermittelt nebeneinander. Das Streben, jetzt bloß nicht wieder Anhänger etwa unter den Konservativen zu verprellen, hat ein Werk ohne klare Überschrift produziert. Alle werden bedient.“

(*Süddeutsche Zeitung*, 09.05.07, von Jens Schneider)

### ► „Der Funke will nicht überspringen“

**CDU Grundsatzprogramm: Die Visionen helfen nur, wenn sie in der Großen Koalition sichtbar werden.**

„Der Wunsch, es allen recht machen zu wollen ist (...) das größte Manko des Programm-entwurfs. (...) Der zündende Funke will nicht überspringen. Die ‚Leitkultur in Deutschland‘ taugt nicht als Kampfbegriff, solange jeder darunter etwas anderes versteht.“

(*Rheinischer Merkur*, 10.05.07, von Robin Mishra)

### ► „Weiche Schale, harter Kern“

**Das CDU-Programm liefert Stoff für einen spannenden Wahlkampf**

Die Union „umhüllt den harten Kern ihres Programms, der eine weitere Umverteilung von unten nach oben bedeutet, kunstvoll mit einer weichen Schale. Es gibt ungewohnt freundliche Worte über Migranten, neue Ankündigungen über Klimaschutz- und als wichtigsten Trumpf eine moderne Familienpolitik.“

(*taz*, 09.05.07)

### ► „Und viele Fragen offen“

**Die Strategie der Partei heißt nicht zuspitzen, sondern sanft umarmen**

„Das unmittelbare Risiko für die CDU ist, dass soviel Beliebigkeit im Grundsatzprogramm weder Wähler noch Mitglieder mobilisieren kann. Die noch größere Gefahr für das ganze Land ist, dass diese CDU nach einem Wahlsieg, der sie von den Zwängen der Großen Koalition befreien würde, keinen Plan und keinen Kompass hat. Sondern dann erst Dinge zu sortieren beginnt, die sie jetzt hätte klären müssen.“

(*FTD*, 09.05.07)

### ► „CDU-Programm ist der Wirtschaft zu vage“

**Generalsekretär Pofalla will Partei für den nächsten Wahlkampf rüsten“**

„Der Entwurf für das neue CDU-Grundsatzprogramm stößt auf breite Kritik. Vor allem der wirtschaftspolitische Teil ist nicht nur der FDP oder Wirtschaftsverbänden zu vage – auch Unionspolitiker hätten sich wesentlich Konkretes gewünscht.“ DIHK-Geschäftsführer Wansleben: „Leider fehlt es an klaren Aussagen, wie künftig über Steuersenkungen die Mittel belassen werden sollen, die sie für die Übernahme von mehr Eigenverantwortung, die die CDU zu Recht fordert, dringend brauchen.“

(*Handelsblatt*, 09.05.07, von Sven Avhüppe u. Thomas Sigmund)

### ► „Wundertüte“

„Ein gelöster Ronald Pofalla liefert seiner Chefin Angela Merkel ein Parteiprogramm, das einer Wundertüte gleicht. Jeder wird beglückt. Großstädtischer gibt sich die CDU – auch um neue Wählerschichten zu erschließen. Radikal gestrafft taugt Pofallas Werk hervorragend zum Wahlprogramm.“

(*Neue Osnabrücker Zeitung*, 09.05.07, von Beate Tenfelde)

### ► „Das neue Weltbild füllt 91 Seiten“

**„Wegweiser in die Moderne – in Watte verpackt“**

„Gemessen an der forschen Reformrhetorik vergangener Jahre klingt das Kapitel über die ‚Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft‘ eher kleinlaut.“

(*Stuttgarter Zeitung*, 08.05.2007, von Armin Käfer)